

BONNER BÜHNE

Gesetze nach Gewicht

Ändert die Union ihre Haltung zur Deutschlandpolitik? Diese Frage so drastisch zu stellen, wäre gewiß falsch. Denn noch in der Debatte, die der Bundestag jüngst über das Gaus-Interview führte, waren von der Opposition alle alten und vertrauten Töne der Kritik und Ablehnung zu hören.

Trotzdem glauben manche in Bonn, Ansätze zu einer behutsamen Revision zu erkennen. Sie halten es für keinen Zufall, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der letzten Woche eine große Anfrage zur Deutschlandpolitik eingebracht hat und daß sich die CDU auf ihrem Bundesparteitag Anfang März einen ganzen Tag lang mit dem Thema „Unsere Verantwortung für Deutschland“ befassen will.

Die große Anfrage spiegelt zwar weiterhin die bekannten Positionen der Union wider, aber in der Begründung ist zum Beispiel von dem „notwendigen Maß an Realismus“ die Rede, und wenigstens diese Formel auf die „wahren“ Absichten der DDR zielt, so läßt sie sich durchaus auch auf die Union selbst beziehen.

Es ist bemerkenswert, daß auf dem „Deutschlandtag“ des CDU-Kongresses Gastreferenten auftreten werden, die mit der bisherigen Haltung der Union nicht gerade nahtlos übereinstimmen. Das gilt zumal für den Genfer Politik-Professor Curt Gasteyer, aber auch für den Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann.

Im übrigen soll, entgegen ursprünglichen Berichten, über die Beiträge der Gäste ausführlich diskutiert werden. Wird daraus ein Ventil für die latenten deutschpolitischen Gegensätze in der Union, vielleicht sogar ein Vehikel für eine vorsichtige Akzentverschiebung?

Das wird sich zuverlässig erst nach dem Bundesparteitag und nach der Debatte über die große Anfrage beurteilen lassen. Aber sicherlich kommt es nicht von ungefähr, wenn sich etwa Helmut Kohl oder der Berliner CDU-Abgeordnete Johann Baptist Gradl, der seit jeher zu den fairsten Kritikern der sozial-liberalen Deutschlandpolitik zählt, in der letzten Zeit bemüht haben den Dauerstreit über dieses Thema von der Polemik zu befreien, die nicht nur Regierungslager und Opposition entzweit hat, sondern oft genug auch auf Kosten der Sache selbst gegangen ist.

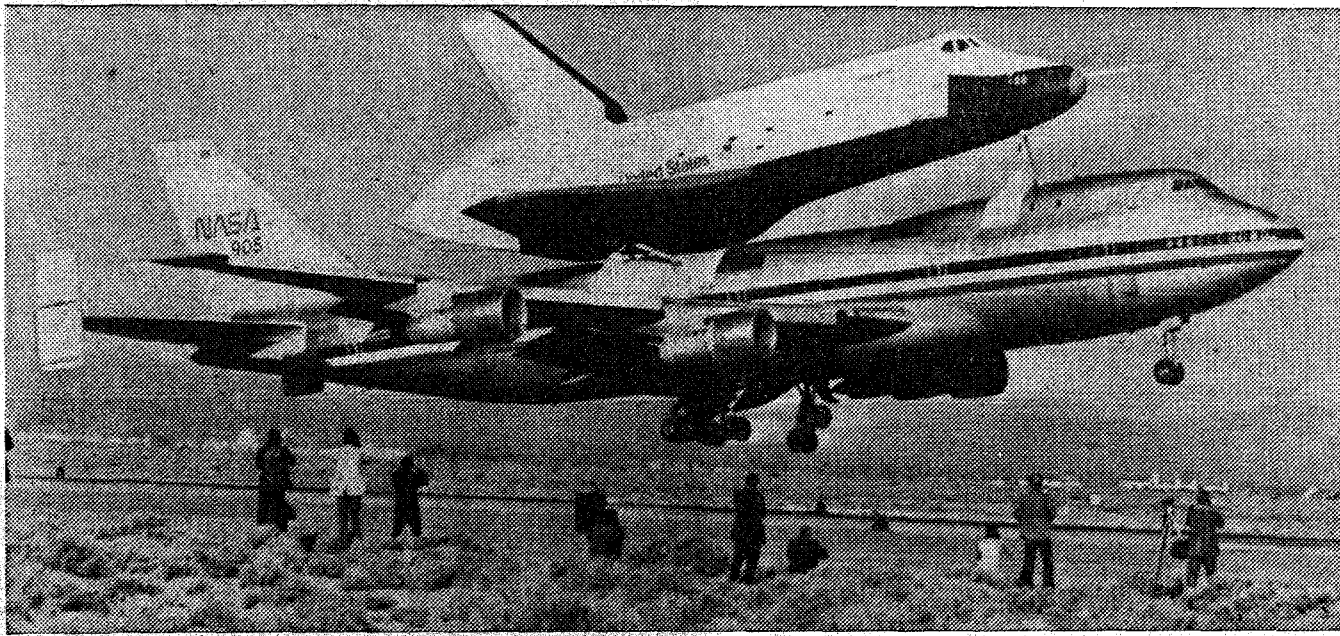
Brandt selber, so heißt es im sozialdemokratischen Parteihauptquartier, stehe McNamaras Vorschlag „an sich abgeschlossen gegenüber“. Aber wahrscheinlich werde er, wenn überhaupt, mehr seinen Namen und sein Ansehen zur Verfügung stellen, als eine zeitraubende zusätzliche Verpflichtungen eingehen.

Die Bonner Gesetzesschmiede wollen künftig weniger Eisen auf ihren Amboß legen — keineswegs aus Gründen der Faulheit, sondern auf Grund jener Bedrängnis, die Bundespräsident Scheel neulich mit diesen Worten beschrieben hat: Die Paragrafenflut läßt „dem Abgeordneten weder Zeit noch Möglichkeit, in der Masse des Unwesentlichen die zwei Gesetze zu erkennen, die unsere Zukunft verändern“.

Die Anzeichen für den Kater nach dem Gesetzesrausch mehren sich von Tag zu Tag. Im Rechtsausschuß des Bundestages zum Beispiel waren sich die Vertreter aller Fraktionen darin einig, daß in der laufenden Legislaturperiode Gesetze nur geändert werden sollten, wenn dies unumgänglich sei. Ein anderes Beispiel: Die CDU/CSU erheischt von der Regierung mittels einer Anfrage Auskunft über „Umfang und Folgen der Gesetze und Rechtsverordnungen des Bundes für Staat und Bürger“. Als Opposition befürchtet sie, daß immer mehr Bestimmungen zu einer immer größeren Einengung der Bürger führen und das Gesetzestestrüpp durch fehlende oder unzureichende Erfolgskontrollen immer undurchdringlicher werde.

Der rechtspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Detlev Kleinert, sieht das ähnlich. So berichtete er unlängst karikierend von den „Rechtswendern“, von denen das Bundesgesetzblatt regelrecht vermesen werde. Und weiter: „Ich habe schon von mehreren Seiten gehört, daß das rein zentimetermäßig geschieht. Es gibt wohl auch welche, die wiegen. Aber die meisten Büros sind mehr auf messen als auf wiegen eingerichtet, mit Sicherheit jedoch nicht auf lesen.“

Carl-Christian Kaiser



Die amerikanische Weltraumfähre „Space Shuttle“, die ab 1980 die Ära der „Wegwerfraketen“ beenden soll, hat ihren Jungfernflug erfolgreich bestanden — auf dem Rücken eines Boeing 747 Jumbos. Der erste „freie Flug“ ist für Juli 1977 vorgesehen

(An)geschmiert vom US-Geheimdienst

Der amerikanische Geheimdienst CIA ist wieder ins Zwielicht geraten: Er soll in den letzten 20 Jahren Gelder an prominente ausländische Politiker — darunter Willy Brandt und den jordanischen König Hussein — gezahlt haben.

Urheber der Enthüllungen ist die renommierte *Washington Post*, die 1972 bis 1974 maßgeblich an der Aufdeckung des Watergate-Skandals beteiligt gewesen ist. Die Berichte stützen sich auf bisher geheimgehaltene Teile eines Buchmanuskriptes, das 1974 von den beiden früheren US-Geheimdienstmitarbeitern Victor Marchetti und John Marks unter dem Titel *Der CIA und der Geheimdienstskultur* veröffentlicht worden ist.

Viele der Betroffenen haben inzwischen energisch gegen diese Beschuldigungen protestiert. In Bonn erklärte der SPD-Sprecher Lothar Schwarz: „Hier handelt es sich um eine aufgewärmte Hintertreppe, die bereits zu verschiedenen Malen... in die Welt gesetzt worden ist.“ Brandt selbst hat den amerikani-

schen Präsidenten Carter aufgefordert, zu klären, „wie es dazu kommen konnte, daß eine verantwortliche Stelle... solche Lügen über mich als Wahrheit verbreiten konnte.“ Die SPD schließt jedoch nicht völlig aus, daß in den fünfziger Jahren in ihre Kassen Gelder von amerikanischen Gewerkschaften geflossen sind, die ursprünglich vom CIA stammten, ohne daß dies den Sozialdemokraten bekannt gewesen ist.

Erzbischof Makarios hielt den Bericht, daß er in den späten sechziger Jahren eine Million Dollar jährlich empfangen haben soll, „noch nicht einmal eines Demontis wert“. Er dementierte dennoch. In Amman verurteilte ein Regierungssprecher den Bericht der *Washington Post* als „Mischung von Erfindung und Verzerrung“. Carters Pressesprecher Jody Powell hat allerdings weder bestätigt noch bestritten, daß König Hussein seit 20 Jahren Millionensummen aus Amerika empfangen habe. Er teilte lediglich mit, Carter habe die sofortige Einstellung derartiger Zahlungen angeordnet.

In einer in Washington kursierenden Namensliste werden außerdem noch ge-

nannt: der kenianische Präsident Jomo Kenyatta, der frühere Präsident von Südvietnam, Nguyen Van Thieu, der zairische Staatschef Joseph Mobutu, der Präsident von Venezuela, Carlos Perez, der verstorbene Marschall Tschiang Kai-schek von Taiwan, der frühere südkoreanische Präsident, Syngman Rhee und der Expräsident von Chile, Eduardo Frei.

Als größter Nutznießer der Vorwürfe gegen Hussein gilt die palästinensische Befreiungsorganisation PLO. Sie hofft, daß die Diskreditierung des Königs ihnen wieder mehr Spielraum in den kommenden Nahostverhandlungen verleihen wird. Jedoch dürften die CIA-Enthüllungen kaum von amerikanischen PLO-Freunden stammen. Man muß vermuten, daß liberale Kreise im Ostküsten-Establishment den CIA selbst treffen wollten, nachdem ihr Reformkandidat für den CIA-Direktorposten, Sorensen, von den Konservativen im Kongreß abgeschmettert worden war. Carter hat inzwischen eine strenge Überprüfung aller Geheimdienstoperationen im Ausland angekündigt.

Josef Joffe

Namen und Nachrichten

Carters Budget

Der amerikanische Präsident Jimmy Carter hat dem Kongreß sein erstes Budget vorgelegt: Er beantragte die Bewilligung von 459,4 Milliarden Dollar; das sind 19,4 Milliarden Dollar mehr, als sein Amtsvorgänger Ford ursprünglich für das im Juli beginnende Haushaltsjahr 1978 gefordert hatte. Carter hat den Verteidigungshaushalt geringfügig gekürzt und dafür die vorausgesehenen Ausgaben für die Energiesicherung, den öffentlichen Wohnungsbau und die Gesundheitsfürsorge erhöht. Das Haushaltsdefizit 1978: wahrscheinlich 60 Mrd. Dollar.

Schwierige Zypern-Mission

Bei seinem Besuch in der türkischen Hauptstadt Ankara stieß der Zypern-Beauftragte Carters, Clark Clifford, auf schwierige Verhandlungspartner. Die Türken bestanden auf der Trennung der beiden Problemkreise „Zypern“ und „türkisch-amerikanische Allianz“. Die amerikanische Regierung hatte der Türkei wegen ihrer Teilbesetzung der Mittelmeerinsel die Waffenlieferungen gesperret. Ankara antwortete mit Rezipressalien gegen die amerikanischen Stützpunkte in der Türkei. Mittlerweile haben beide Seiten neue Stützpunkt- und Militärhilfsabkommen ausgehandelt. Beide Verträge bedürfen jedoch der Zustimmung durch den US-Kongreß, der auf Fortschritte im Zypern-Konflikt pocht.

Kurz gestreift

Verweigert: vom französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing eine Unterredung mit dem sowjetischen Regime-Kritiker Andrej Amalrik. **Ausgereist:** die sowjetische Dissidentin Ludmila Alexejewa und ihre Familie aus der Sowjetunion. **Ausgewiesen:** der sowjetische UN-Mitarbeiter Wladimir Ribatschenko aus Frankreich wegen Spionage. **Zugegeben:** von der Regierung in Salisbury, daß rhodesische Truppen nach Botswana eingedrungen sind.

DUKUMENTE DER ZEIT

„Nie gleichgültig gegenüber der Freiheit“

Der Brief von Andrej Sacharow an Jimmy Carter:

Sehr geehrter Herr Carter,

es ist sehr wichtig, diejenigen zu verteidigen, die leiden müssen wegen ihres gewaltlosen Kampfes für Aufrichtigkeit, für Gerechtigkeit und wegen ihres Einsatzes für die Rechte anderer...

Wir befinden uns in einer schwierigen, fast untragbaren Lage... Jetzt, vor der Konferenz von Belgrad... wollen die Behörden in der Frage der wichtigsten Menschenrechte (Glaubensfreiheit, Informationsfreiheit, die Freiheit in einem Lande der eigenen Wahl leben zu können usw.) keinerlei Konzessionen machen. Sie sind nicht fähig, sich einem ehrlichen Kampf der Ideen zu stellen. Sie verstärken den Druck und versuchen, die Dissidenten zu kompromittieren. Sie verfolgen in Moskau und in der Ukraine Mitglieder der Gruppe, die die Erfüllung des Abkommens von Helsinki überwacht...

Es ist sehr wichtig, daß sich der US-Präsident weiterhin für die Freilassung der Menschen einsetzt, die in der amerikanischen Öffentlichkeit bereits bekannt sind und daß diese Anstrengungen nicht vergeblich sind...

Ich bitte Sie, besonders einzutreten für Mihajlo Mihajlow (den jugoslawischen

Schriftsteller), die Autoren der „Charta 77“ in der Tschechoslowakei und für das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter in Polen.

Kennen Sie die Wahrheit über das Los der Gläubigen in der Sowjetunion? Die beschämende Lage der Konfessionen, die von den Behörden geduldet sind, die Verfolgung der Baptisten, der wahren orthodoxen Kirche, der Pfingstbewegung, der Unierten und anderer?...

Auch andere Dissidenten werden terrorisiert. Während des vergangenen Jahres erfuhr wir von Morden an Dissidenten, die überhaupt noch nicht untersucht worden sind. Das bekannteste Beispiel ist der Dichter und Übersetzer Konstantin Bogatirjow.

Für mein Wirken und für die Menschenrechtsbewegung in diesem Lande ist die Frage der Nachrichtenverbindung von größter Wichtigkeit. Ich bitte Sie, in dieser Hinsicht auf internationaler Ebene etwas zu unternehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Andrej Sacharow
21. Januar 1977

Darauf antwortete der amerikanische Präsident:

Lieber Professor Sacharow,
ich habe Ihr Schreiben vom 21. Januar

erhalten, und ich möchte Ihnen meine Wertschätzung dafür ausdrücken, daß Sie Ihre Gedanken mir persönlich zur Kenntnis gebracht haben.

Die Menschenrechte sind ein Hauptanliegen meiner Regierung. In meiner Rede zur Amtseinführung habe ich gesagt: „Weil wir frei sind, können wir niemals gleichgültig sein gegenüber dem Schicksal der Freiheit anderswo.“ Sie können versichert sein, daß das amerikanische Volk und unsere Regierung unserer klaren Verpflichtung weiter nachkommen werden, die Respektierung der Menschenrechte nicht nur in unserem eigenen Land, sondern auch im Ausland zu fördern.

Wir werden unsere guten Dienste zur Verfügung stellen, um die Freilassung von Gefangenen des Gewissens zu erreichen, und wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, eine den menschlichen Wünschen entsprechende Welt zu gestalten, in der Nationen mit verschiedenen Kulturen und unterschiedlicher Geschichte Seite an Seite in Frieden und Gerechtigkeit leben können.

Ich bin immer froh, etwas von Ihnen zu hören, und ich wünsche Ihnen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen
Jimmy Carter

Moskau nähert sich Brüssel

Eine sowjetische Regierungsdelegation hat in der vergangenen Woche Gespräche mit der Europäischen Gemeinschaft über ein Fischereiaabkommen aufgenommen. Damit hat Moskau die EG erstmals offiziell als Verhandlungspartner anerkannt.

Das Abkommen war nach einer Entscheidung der Gemeinschaft vom 1. Januar dieses Jahres notwendig geworden: Seit dieser Zeit haben die neun Länder einen Zweihundert-Meilen-Streifen vor ihren Küsten zur Fischereischutzzone erklärt. Die Sowjetunion, die innerhalb der westeuropäischen Gewässer jährlich 500 000 Tonnen Fisch fängt, ist von dieser Maßnahme besonders betroffen. EG-Fischer fangen in der Barentssee jährlich bis zu 8000 Tonnen.

Der Leiter der sowjetischen Delegation, Fischereiminister Alexander Ishkow, war offensichtlich bemüht, die Frage der EG-Anerkennung herunterzuspielen und die Sachprobleme in den Vordergrund zu rücken. Er erklärte, seine Regierung sei an einem langfristigen Abkommen zum Schutz und zur Bewahrung der Fischbestände bereit. Dennoch ist unübersehbar, daß Moskau mit dem angestrebten Vertrag den bisher deutlichsten Abstrich einer seit langem betriebenen Politik vollzog.

Viele Jahre lang hatte der Ostblock die Gemeinschaft als eine Hilfsorganisation


der Nato verteuft. Verhandlungen über eine Anerkennung der EG scheiterten immer wieder dran, daß der Krenl seinerseits auf einer Anerkennung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) bestand, der Brüssel jedoch nicht zustimmte. Eine Anerkennung der EG würde für den kommunistischen Block die Folge haben, daß künftig alle Wirtschaftsverhandlungen über die Brüsseler Kommission abgewickelt werden müßten.

Zum erstenmal hatte die Sowjetunion Ende 1974 ihre Bereitschaft zum Einlenken angedeutet. Damals stimmte sie zu, daß der Gemeinschaft in den Vereinten Nationen der Beobachterstatus eingeräumt wurde.


Die jetzt bei den Fischereiverhandlungen sichtbar gewordene Kompromißbereitschaft der Sowjets wird freilich erst dann völkerrechtlich bedeutsam, wenn Moskau einen Botschafter nach Brüssel entsendet. Dort wird damit gerechnet, daß das frühestens nach einem erfolgreichen Ende der Gespräche der Fall sein wird, die Ende dieses Monats fortgesetzt werden.

Die Volksrepublik China hat sich übrigens gegenüber der Europäischen Gemeinschaft als weitaus großzügiger erwiesen: Peking unterhält seit 1974 eine Botschaft in Brüssel. D. B.

Zu Gast in aller Welt




HOTEL
MARK HOPKINS
SAN FRANCISCO



Am Goldenen Tor

San Francisco... diese Stadt hat einen Reiz, den man nur schwer beschreiben kann, dem aber nahezu jeder erliegt, der diese Dreiviertelmillionen-Stadt am Stillen Ozean besucht. Liegt es an dem milden, das ganze Jahr hindurch frühlinghaften Wetter, an dem Erlebnis einer lustigen Fahrt mit den Cable-Cars, an der weltberühmten Brücke über das Goldene Tor, daß die zweitgrößte Stadt Kaliforniens zu einem der begehrtesten Reiseziele der USA wurde oder an der bunten Völkermischung mit stark föhländischem Einschlag?

Wen wundert es da, daß auch hier der große Asbach Uralt aus Rudesheim am Rhein geboten und gern getrunken wird. Zum Beispiel auf dem Nob Hill, dem Hügel der Vornehmen, im ehrwürdigen und berühmten Hotel Mark Hopkins, von dessen Dachrestaurant, dem Top of the Mark, man den vielleicht schönsten Blick über die Stadt am Golden Gate genießen kann. Wenn einem so viel Schönes wird befehert...



Im Asbach Uralt ist der Geist des Weines!